

Verein muss ums Überleben kämpfen

KLIMASCHUTZ Kompetenzzentrum Erneuerbare Energien will gestrichenen Zuschuss kompensieren

Von Hannelore Wiedemann

RHEINGAU-TAUNUS. Klimaschutz ist kommunale Daseinsvorsorge – davon ist Manfred Vogel überzeugt. Die daraus resultierenden Aufgaben soll das Kompetenzzentrum Erneuerbare Energien (KEE), dessen Geschäftsführer Vogel ist, auch weiterhin für die Kommunen übernehmen. In Zukunft allerdings gegen Bezahlung – denn der Verein muss ab Januar Erlöse erwirtschaften, um den gestrichenen Zuschuss des Kreises zu kompensieren.

Bislang hatte sich das KEE überwiegend durch die 75000 Euro finanziert, die der Kreis jährlich überweist. Dieser Zuschuss soll ab 2017 nach dem Willen einer Mehrheit aus CDU, FDP, FWG und AfD nicht mehr gezahlt werden (wir berichteten). Tun sich keine anderen Einnahmequellen auf, droht dem Verein das Aus.

Es gelte, das erste Quartal als Durststrecke zu überwinden; „da werden wir von der Hand in den Mund leben müssen“, so der Vorsitzende des Vereins, Landrat Burkhard Albers (SPD). Doch spätestens bis Mitte 2017 müsste eine solide Finanzbasis geschaffen sein, sonst müsse man über eine Abwicklung reden. Bei Sponsoren betteln zu gehen, werde allenfalls kurzfristig helfen. Albers hat deshalb die Kommunen im Blick, für die das KEE „wichtige Funktionen“ wahrnehme.

Vernetzung und Mitarbeit in überregionalen Gremien

Als Beispiel nennt die stellvertretende Vorsitzende Ingrid Reichbauer die Vortragsreihe mit Energie-Sparthemen, die das KEE seinen Mitgliedern anbietet. Auch Vernetzung und Mitarbeit in überregionalen Gremien wie etwa im Bündnis „100 Kommunen für den Klimaschutz“ sowie die Vorbereitung von Förderträgen gehört zu den Aufgaben, die der Verein übernimmt. Tue er dies nicht mehr, müsse in der

Verwaltung dafür eine Stelle geschaffen werden. „Rein ehrenamtlich funktioniert das nicht“, pflichtet Geschäftsführer Vogel bei. Schon ab Januar sollen der Kreis und die Kommunen als Kunden des KEE auftreten und Rechnungen für Vorträge und das Erstellen von CO₂-Bilanzen erhalten. Auch die Vertretung des Kreises in anderen Gremien müsste dann vergütet werden. Der Vorsitzende will noch dieses Jahr entsprechende Verträge mit den Kommunen abschließen. Außerdem will der Kreis sich um die Teilnahme an einem Förderprogramm bewerben, das Klimaschutz an die Schulen bringt. Unter der Voraussetzung, dass sich der Kreis mit zehn Prozent an den Kosten beteiligt, könnte so für vier Jahre eine komplette Stelle finanziert werden.

Profil in der Öffentlichkeit schärfen

Gleichzeitig will der Verein sein Profil in der Öffentlichkeit schärfen. „Windkraft ist nicht das einzige Thema“, auch wenn die Diskussion im politischen Raum darauf verkürzt worden sei. „Wir wollen die Debatte versachlichen“, so Vogel, Windkraft sei nur ein Teil der Energiewende.

Ob sich indes die Hoffnung des Landrats, durch Öffentlichkeitsarbeit auch im politischen Raum das Blatt zugunsten des KEE zu wenden, erfüllen wird, bleibt ungewiss. Das KEE habe in der Vergangenheit „keinen messbaren Beitrag“ zur Energiewende geleistet, heißt es in einer Presseerklärung der CDU-Kreistagsfraktion. Energieberatung, wie sie in Zukunft vom KEE angeboten werden solle, sei zwar grundsätzlich „gut und wichtig“, so Fraktionsvorsitzender André Stolz. Sie werde aber bereits vom Handwerk, Verbraucherberatungsstellen, Förderinstitutionen und anderen Einrichtungen angeboten. Damit sei der Nutzen der Tätigkeit des KEE, die mit Steuergeldern finanziert werde, gegenüber den Bürgern „nicht zu verantworten“, kritisiert Stolz.

Drei Sehnen der Hand durchtrennt

STREIT Nach dem Unfall seines Sohnes mit Essgeschirr in der Idsteiner Kita Tabaluga erhebt der Vater schwere Vorwürfe

Von Volker Stavenow

IDSTEIN. Es ist der 26. Juli dieses Jahres in der Idsteiner Kita „Tabaluga“: Der kleine Dennis (Name von der Redaktion geändert) ergreift seine Essenschale, will Nachschick holen, steht vom Tisch auf, läuft los, stolpert. Die Porzellanschale fällt zu Boden, zerbricht, das Kind fällt mit den kleinen Händen in die am Boden liegenden Scherben – und wird dabei an seinen Händen schwer verletzt. Das Kind wird in der Kita erstversorgt, kommt ins Krankenhaus und wird operiert. So schildert Vater René Winkler den Vorfall im vergangenen Sommer. „Die Kita-Betreuerinnen haben damals vorbildlich gehandelt und meinen Sohn hervorragend erstversorgt“, stellt Winkler klar.

„Essgeschirr ist ungeeignet“

Aber über einen Anwalt macht er der Stadt Idstein als städtischer Betreiber andere schwere Vorwürfe: Das in den Kitas verwendete Essgeschirr sei völlig ungeeignet. Aus diesem Grund fordert René Winkler, dass die Stadt dieses Geschirr gegen nach seiner Meinung geeignetes Material austauscht. „Man muss sich dabei vor Augen führen, dass der Unfall bewiesen hat, dass das jetzige Geschirr geeignet ist, schwerste Verletzungen herbeizuführen. Das Kind hat bei dem Unfall einen erheblichen Blutverlust erlitten, es wurden drei Sehnen der Hand durchtrennt, er hat sich einer mehrstündigen OP unterziehen müssen und hat einen langen Heilungsweg vor sich, bei dem noch offen ist, ob er einmal voll erwerbsfähig sein wird“, lässt der Vater über seinen Rechtsbeistand verlauten.

Enttäuscht ist René Winkler deshalb auch über eine Stellungnahme des Elternbeirats Ende August: Das bisherige Geschirr solle gemäß des pädagogischen Kita-Konzeptes beibehalten werden. „Meine Frau und ich konnten es nicht glauben. Meine Frau hat geweint!“, so René Winkler. „Dies belegt, dass man dort ganz augenscheinlich sowohl den Ernst der Lage als auch die rechtliche Einordnung vollkommen verkennet und wohl allen Ernstes glaubt, hier könnten irgendwelche pädagogische Theorien gegenüber dem Schutz der Kinder vor Verletzungen Vorrang genießen“, sieht es Winklers Anwalt.

Nach Angaben des Vaters habe er erst mit Nachdruck erreichen können, dass ihm die



Der Unfall ereignete sich im vergangenen Sommer in der Kindertagesstätte Tabaluga in der Idsteiner „Eisenbach“.

Foto: Volker Stavenow

Glasscherben von der Kita herausgegeben worden seien. „Die lagen schon im Abfallneimer!“ Winkler will erreichen, dass das Kita-Geschirr auf Beschädigungen und Eignung untersucht wird. Er will wissen, seit wie vielen Jahren das Geschirr in den Kitas in Gebrauch ist.

Enttäuscht von den Reaktionen

„Letztendlich wird das Geschirr ausgetauscht und durch solches mit geeignetem Material ersetzt werden müssen, um künftig Unfälle und Verletzungen zu vermeiden. Allein die Tatsache, dass man bei beschädigten Teilen Risse und Sprünge nicht gleich erkennt, gebietet ein solches Vorgehen“, fordert er über seinen Anwalt.

Enttäuscht ist René Winkler

von den Reaktionen in der Kita, der Stadt Idstein und des Elternbeirats: Der Vater spricht von Redeverbot zum Unfall-Thema auf einem Elternabend, von fehlenden Entschuldigungen und unsensiblen Verhalten. „Meine Familie und ich empfinden diese Unaufmerksamkeit und dieses Desinteresse als höchst beschämend und bezeichnend.“

Markus Tuschy, kommissarischer Sozialamtsleiter der Stadt Idstein, nimmt Stellung zu dem Vorfall, über dessen Hergang er sich mit Winkler einig ist: „Jeder Unfall in einer Kindertageseinrichtung ist einer zu viel. Trotz aller Vorkehrungen, Vorsichtsmaßnahmen und Bemühungen können jedoch Unfälle nicht völlig ausgeschlossen werden.“ Tuschy betont, man habe die Unfallkasse Hessen und das Jugendamt eingeschalt-

et. Außerdem seien das hessische Sozialministerium, der Elternbeirat der Kindertagesstätte sowie der Hersteller und der Versand des betreffenden Kindergeschirrs kontaktiert und um Sachauskünfte gebeten worden. „Alle Prüfungen und Auskünfte ergaben jedoch, dass das Geschirr entgegen der Meinung der Eltern des verunglückten Kindes nicht als ein für Kleinkinder ungeeignetes Geschirr betrachtet werden kann“, so Tuschy.

„Verkennen nicht den Ernst der Lage“

Ein so tragischer Unfall, wie in der Kita Tabaluga, sei ansonsten nicht zu verzeichnen. Die Aufsichtsbehörden hätten der Stadt Idstein schriftlich mitgeteilt, dass das von der Kita Tabaluga verwendete Hartglasgeschirr üblich sei und somit zur Standardausrüstung gehört. Gegen den Einsatz von Porzellan und Glas bestünden keine grundsätzlichen Bedenken. Die Verantwortlichen der Stadt Idstein würden keineswegs den Ernst der Lage verkennen und seien sehr sorgfältig und nachhaltig unter Beteiligung aller in diesem Zusammenhang in irgendeiner Form betroffenen Organisationen, Gremien und Vertragspartner, sowie öffentlich-rechtlich Verantwortlichen in die Aufarbeitung dieser Angelegenheit gegangen. „Aus den



Markus Tuschy nimmt für die Stadt Idstein Stellung zu den Vorwürfen.

Foto: Stadt Idstein

vorliegenden Stellungnahmen ergeben sich keine Hinweise auf ein schuldhaftes Verhalten oder auf eine Aufsichtspflichtverletzung.“

Auf Nachfrage der Stadt Idstein sei den zuständigen Aufsichtsbehörden kein sicherheitstechnisches Prüfverfahren bekannt, welches das Geschirr in Kindertagesstätten auf Zustand und Sicherheit überprüfe. „Dennoch hält es der Fachbereich für nötig und empfiehlt, dass die Mitarbeiter der Kindertageseinrichtung nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass schadhafte Geschirrtteile unverzüglich auszusortieren sind und auch im Rahmen des pädagogischen Handelns noch einmal ausdrücklich der alltägliche Umgang mit Geschirr und die vorsichtige Handhabung den Kindern nahebringen ist“, sagt Tuschy.

BLAULICHT

Rettungssanitäter angegriffen

HEIDENROD (red). Zwei Unbekannte haben in der Nacht zu Freitag im Heidenroder Stadtteil Egenroth einen Rettungssanitäter mit Reizgas angegriffen und dabei leicht verletzt. Der 27-jährige Geschädigte hatte bereits kurz nach 23 Uhr zwei Männer nahe der Einsatzwache in der Klosterstraße bemerkt, welche ihm verdächtig vorkamen. Als er

gegen Mitternacht erneut nach dem Rechten sah, sah er die Männer in der Nähe des Rettungswagens. Da er einen Einbruch befürchtete, sprach der 27-Jährige die Verdächtigen an, welche ihn daraufhin unvermittelt mit Pfefferspray angriffen und davonrannten. Die Polizei erbittet Hinweise unter 06124-70780.

Chaos nach Reifenschaden

HAHN (mg). Ein Reifenschaden an einer Kehrmaschine löste gestern gegen 16 Uhr ein Verkehrschaos auf der Aarstraße in und um Hahn aus. Dort hatte eine Kehrmaschine an der denkbar ungünstigsten Stelle, der Ausfahrt aus dem Hahner Kreisel in Richtung Wingsbach, einen Defekt. Da auch noch ein

Knickbus nachfolgte, war der Kreisel blockiert und der Verkehr stand. Die Autos stauten sich auf der Aarstraße vom Kreisel bis nach Wehen. Doch das „bisschen Chaos“, so die Polizei, löste sich nachdem die Kehrmaschine aus dem Weg geräumt werden konnte, bald wieder auf.

Rauswurf nach der Kerbefeier

STREIT In Obergladbach erschüttert ein Ausschluss aus der Kerbegesellschaft das ganze Dorf

Von Mathias Gubo

OBERGLADBACH. Bei der diesjährigen Kerb in Obergladbach war die Welt noch in Ordnung. „Hier ziehen alle an einem Strang und halten zusammen“, verkündete der Vorsitzende der Kerbegesellschaft Obergladbach (KGO), Markus Jurka. Das Wichtigste sei der Spaß an der Kerb. Doch mit diesem Spaß war es nur wenige Tage nach der Kerb vorbei. Seitdem hängt nicht nur in der Kerbegesellschaft der Haussegen schief.

Was war passiert? Dem Ehepaar Sascha und Britta Dietrich flatterte Anfang Oktober ein Brief der Kerbegesellschaft ins Haus, in dem ihnen der Vorstand seinen Beschluss mitteilte, dass beide aus der Kerbegesellschaft ausgeschlossen worden seien. Begründung: „Das

schädigende Verhalten an der diesjährigen Kerb“.

Keine ehrenamtlichen Abenddienste geleistet

Konkret warf der Vorstand Britta und Sascha Dietrich vor, sich für keinen Abenddienst auf der Kerb gemeldet zu haben. Britta Dietrich hatte auch darum gebeten, an keinem Tag Dienst im Kerbezelt machen zu müssen. Dann aber hätten sie bis zum Teil spät in die Nacht gefeiert, warf der Vorstand den Dietrichs vor. „Wir können froh sein, dass es an der Kerb zu keinem Eklat kam“, heißt es in dem Schreiben, das acht Mitglieder des Vorstands unterschrieben haben.

Sie habe bei der Kerb keinen Dienst anmelden können, da nicht klar gewesen sei, ob sie jemanden als Babysitter für die

kleine Tochter finde, sagt Britta Dietrich kopschüttelnd. Sie habe aber angeboten, Kuchen zu backen. „Alles klar, Kuchen nehmen wir gerne“, heißt es dann auch in der Antwort-Mail des Vorstandes. Sascha Dietrich absolvierte, wie angeboten, zwei Tagdienste. Umso mehr fiel er beim Lesen des Vorstandsschreibens aus allen Wolken. Er sei seit 22 Jahren Mitglied in der KGO, sponsore seit Jahren die Preise der Tombola. Doch damit nicht genug. Vor drei Jahren habe er den 1200 Euro teuren Zeltvorbau bezahlt, noch immer gerne Dienst gemacht, wenn möglich.

„Weil ich mir keinen anderen Rat wusste“, so Dietrich weiter, nahm er sich einen Rechtsanwalt. Der forderte vom Vorstand eine Vereinssatzung an, die jedoch nie übermittelt wur-

de. Außerdem stellte der Anwalt fest, dass die Betroffenen vor einem Ausschluss hätten angehört werden müssen. Doch das war auch nicht geschehen. Mit Fristsetzung forderte Dietrichs Anwalt den Vorstand deshalb auf, den Ausschluss zurückzunehmen.

Der Vorsitzende hüllt sich in Schweigen

Erst nach einer Fristverlängerung teilte der Vorstand der Kerbegesellschaft dem Rechtsanwalt am 25. Oktober in einem Dreizeiler mit, dass der Vorstand den Ausschluss des Ehepaars „aus formalen Gründen“ zurücknehme, unterschrieben vom Vorsitzenden Markus Jurka. Auf eine weitere Aufforderung des Anwalts, sich bei den Dietrichs öffentlich zu entschuldigen,

hat der Vorstand bis heute nicht reagiert.

Er sei Geschäftsmann, sagt dazu Sascha Dietrich. „Wie stehe ich jetzt da?“ Das ganze Dorf wisse von dem Ausschluss, „aber niemand weiß warum“. Für ihn stelle sich die Frage, wer dem Verein tatsächlich geschadet hat. „Normalerweise müsste dieser Vorstand jetzt den Hut nehmen“, spricht Dietrich Klartext. Das Vertrauensverhältnis sei zerstört.

Markus Jurka wollte sich gestern auf Anfrage zu der Sache nicht äußern. Volker Hopf, der Gründer der Kerbegesellschaft, der 34 Jahre lang ihr Vorsitzender war und jetzt den Titel Ehrenvorsitzender führt, kann sich nur wundern. „In einem kleinen Dorf braucht man jeden, so etwas darf nicht sein“, sagt er und empfiehlt: „Ein Gespräch sollte helfen.“

WIESBADENER KURIER

Wiesbadener Tagblatt

Herausgeber: Hans Georg Schrücker
Verlag: Verlagsgruppe Rhein Main GmbH & Co. KG, Erich-Dombrowski-Straße 2, 55127 Mainz (zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen), Postfach 3120, 55021 Mainz, Tel. (06131) 4830; Fax (06131) 485868, AG Mainz HRA 0535, pflG: Verlagsgruppe Rhein Main Verwaltungsgesellschaft mbH.
Geschäftsführung: Hans Georg Schrücker (Sprecher), Dr. Jörn W. Röper
Chefredakteur: Stefan Schröder (verantwortlich redaktionell)
Mitglied der Chefredaktion: Martin Schirling
Stadtredaktion Wiesbaden: Olaf Streubig (Ltg.), Heinz-Jürgen Haezel (Vertretung) **Bezirksausgaben:** Sascha Kircher **Chefreporter:** Reinhard Breidenbach **Politik/Wirtschaft:** Karl Schlieker **Kultur:** Dr. Viola Bolduan **Sport:** Dennis Rink, Tobias Gold-

brunner Berliner Büro: Eva Quadbeck, Dr. Gregor Mayntz **Nachrichten:** Christian Matz **Technische Koordination:** Reinhard Kächler **Magazinredaktion:** Claus Wolff **Crossmedia/ Foto/Bewegtbild:** Alexandra Eisen, Sascha Kopp **Chefredakteur Online:** Lutz Eberhard **Geschäftsleitung Markt:** Bernd Koslowski **Anzeigen:** Gerhard Müller (verantwortl.) **Lesermarkt:** Angela Harms **Logistik:** Lars Groth **Druck:** Druckzentrum Rhein Main GmbH & Co. KG, Alexander-Fleming-Ring 2, 65428 Rüsselsheim. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Haftung. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Verlages. **Bezugspreis monatl. inkl. MwSt. und Zustellung im Paket „Print & Web“:** 36,30 € (Träger), 38,50 € (Post/Inland). **Abonnementkündigungen** müssen schriftlich bis zum 5. des Monats zum Monatsende im Verlag vorliegen. Bei Lieferungsbehinderungen ohne Verschulden des Verlages oder infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Entschädigung. **Anzeigenpreise** laut Preisliste Nr. 44 vom 1. Januar 2016. Für private Gelegenheitsanzeigen gilt die Preisliste Nr. 14 vom 1. Juni 2016.